

NIEDERSCHRIFT HFA/034/2009

über die Sitzung **des Haupt- und Finanzausschusses** am 17.09.2009 im
Sitzungssaal des Rathauses.

Vorsitzende:

Frau Marion Dirks

Ausschussmitglieder:

Herr Florian Heuermann	Vertretung für Herrn Günther Fehmer
Herr Bernhard Kortmann	Vertretung für Herrn Jochen Dübbelde
Herr Willi Krause	
Herr Dr. Wolfgang Meyring	
Frau Brigitte Mollenhauer	
Herr Franz-Josef Schulze Thier	Vertretung für Herrn Thomas Hagemann
Herr Franz Becks	Vertretung für Herrn Thomas Tauber
Herr Jürgen Brunn	
Herr Hans-Jürgen Dittrich	
Herr Hans-Joachim Spengler	Vertretung für Herrn Michael Fliß

Mitglied gem. § 58 Abs. 1 Satz 7 GO NW:

Herr Ulrich Schlieker

Vortragende Gäste:

Herr Dr. Grüner	zu TOP 1 ö. S.
Frau Thiesing	zu TOP 1. ö. S.

Von der Verwaltung:

Herr Peter Melzner	
Herr Hubertus Messing	
Herr Gerd Mollenhauer	
Frau Birgit Freickmann	Schriftführerin

Beginn der Sitzung: 18:00 Uhr

Ende der Sitzung: 21:00 Uhr

Frau Dirks stellt fest, dass zu dieser Sitzung form- und fristgerecht eingeladen wurde.
Hiergegen erhebt sich kein Widerspruch.

TAGESORDNUNG

I. Öffentliche Sitzung

1. Breitbandförderung im ländlichen Raum

Zu diesem Tagesordnungspunkt sind Herr Dr. Grüner, Geschäftsführer der wfc und Frau Thiesing vom Kreis Coesfeld anwesend.

Herr Dr. Grüner stellt zunächst die verschiedenen Geschäftsfelder der wfc vor und geht dann detailliert auf das Schwerpunktthema „Breitbandförderung im ländlichen Raum“ ein. Die Präsentation des Herrn Dr. Grüner ist dieser Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Anschließend beantwortet Herr Dr. Grüner Fragen der Ausschussmitglieder. Zur Frage von Herrn Brunn, wie stark die Nachfrage nach einer Breitbandversorgung überhaupt ist, führt er aus, dass ein Bedarf sicherlich vorhanden sei. Wichtig sei es aber, den Unternehmern Anschlusskosten nennen zu können, erst dann werde man einen Überblick über die tatsächliche Nachfrage bekommen.

Zur weiteren Nachfrage von Herrn Brunn teilen Herr Dr. Grüner und Frau Thiesing mit, dass in diesem Jahr wohl keine Ergebnisse mehr vorgelegt werden können. Gespräche mit allen möglichen Anbietern müssten geführt werden, um festzustellen, welcher Anbieter welche Leitungen wo verlegt habe. Dann müsse geklärt werden, was Kommunen überhaupt dürfen. Hinzu komme, dass durch die EU immer wieder neue Grundbedingungen vorgegeben würden.

Herr Schlieker erkundigt sich, ob für den Außenbereich evtl. eine Funklösung angedacht sei und ob die anderen Münsterlandkreise den gleichen Weg gingen.

Herr Dr. Grüner führt aus, dass der Außenbereich sicherlich nicht mit Glasfaserkabeln versorgt werden könne. Hier werde die Funklösung nicht nur als Zwischenlösung, sondern langfristig eingesetzt. Mit den anderen Münsterlandkreisen gebe es einen sehr guten Erfahrungsaustausch.

Herr Kortmann schlägt vor, den Kommunen im Kreis Coesfeld eine einheitliche DIN-Norm an die Hand zu geben, in der geregelt werde, was bei Straßenaufbrüchen oder Straßenneubauten insbesondere in Gewerbegebieten zu verlegen ist.

Herr Dr. Grüner gibt zu bedenken, dass bei aller Eile zuerst feststehen müsse, wo man hin wolle. Hieran werde mit Hochdruck gearbeitet.

Frau Mollenhauer stellt heraus, dass Dreh- und Angelpunkt doch wohl die beihilferechtliche Frage sei. Wenn diese nicht positiv entschieden werde, werde man nicht weiter kommen.

Herr Dr. Meyring wundert sich, dass bei der Vergabe der Konjunkturmittel nicht auf das Konzept hingewiesen wurde.

Frau Dirks stellt richtig, dass sie sehr wohl hierauf und auch auf die beihilferechtlichen Probleme hingewiesen habe.

Herr Dr. Meyring befragt Herrn Dr. Grüner, ob die Mittel aus dem Konjunkturpaket für die Breitbandversorgung ausgegeben werden dürfen.

Herr Dr. Grüner hält es nicht für klug, Konjunkturmittel für die Breitbandversorgung zurück zu halten, schließlich diene das Konjunkturpaket dazu, schnell die Nachfrage anzukurbeln.

Auf weitere Nachfrage von Herrn Dr. Meyring teilt Herr Dr. Grüner mit, dass bislang angedacht sei, dass eine Spartengesellschaft der Infrastrukturgesellschaft als Betreiber auftrete. Hier sei man aber noch offen. Frau Dirks teilt ergänzend auf Nachfrage mit, dass sich auch nicht an der Infrastrukturgesellschaft beteiligte Kommunen anschließen könnten.

Herr Becks erkundigt sich im Hinblick darauf, dass die Entwicklung in den Niederlanden schon weiter sei, ob man evtl. die EUREGIO nutzen könne. Herr Dr. Grüner teilt mit, dass ein Antrag auf Förderung über die EUREGIO laufe, die Niederländer aber wohl nicht für die Verlegung von Glasfaserkabeln in Deutschland bezahlen wollen.

Nach weiterer Beantwortung von Fragen der Ausschussmitglieder bedankt sich Frau Dirks bei Herrn Dr. Grüner und Frau Thiesing für ihre Ausführungen.

2. Systementscheidung Schließanlagen

Herr Schlieker befürwortet die Umstellung auf ein elektronisches Schließsystem, möchte aber wissen, wie hoch konkret die Kosten sind. Die in der Sitzungsvorlage genannten Kosten von jährlich 5.000,-- bis 10.000,-- € seien ihm zu unkonkret.

Herr Mollenhauer führt aus, dass als Einstieg die Umstellung eines Gebäudes vorgesehen sei. Dabei gehe es um 22 Schlösser und einen Betrag von ca. 12.000,-- €. Später würden Umrüstungen anderer Gebäude folgen. Diese wären dann günstiger, weil die Grundausrüstung, wie z. B. das Programmiergerät und die Software bereits vorhanden seien.

Herr Kortmann stellt voran, dass man in der heutigen Zeit um ein Chipkartensystem wohl nicht herum komme. Aber auch er wolle wissen, welche Kosten entstehen und welche Schritte wann umgesetzt werden sollen.

Herr Mollenhauer wiederholt, dass die Umrüstung des in Rede stehenden Gebäudes ca. 12.000,-- € kosten werde. Danach könne man schrittweise vorgehen und z. B. als nächstes die Turnhalle und danach die Realschule umrüsten, wobei nicht vorgesehen sei, alle Klassenräume mit einem elektronischen Schloss zu versehen. Lediglich die Schlösser der Außentüren sollen ausgewechselt werden, um den Zugang nachweisen zu kön-

nen.

Herr Dittrich macht deutlich, dass er sich ebenfalls die Angabe konkreterer Zahlen gewünscht hätte. Insbesondere im Hinblick auf die im nächsten Tagesordnungspunkt zu behandelnde Entwicklung beim Produkt 16010 sehe er sich nicht in der Lage, heute eine Entscheidung zu treffen.

Herr Messing weist darauf hin, dass in einem Gebäude die Schließanlage (tlw.) dringend ausgewechselt werden müsse. Obwohl es sich um einen Versicherungsfall handle, müsse die Stadt aufgrund von Altanlagenzuschläge noch ca. 85% der Kosten selber tragen. Auch um diese Kosten in einem Wiederholungsfall zu vermeiden, werde die Umrüstung vorgeschlagen.

Herrn Dr. Meyring ist die Sitzungsvorlage zu dürftig. Ohne Nennung der Gesamtkosten könne er nicht entscheiden. Dass Handlungsbedarf und Eile bestehe, könne er nachvollziehen, er benötige aber eine Entscheidungsgrundlage.

Herr Messing erläutert, dass zunächst nur ein Gebäude umgerüstet werden solle. Weitere Gebäude sollen sukzessive im Zuge des geplanten Umbaus mit Konjunkturmitteln umgerüstet werden.

Frau Dirks betont ebenfalls, dass nicht alle Gebäude auf einmal umgerüstet werden sollen. Zunächst gehe es um einen aktuellen Fall. Ein Gesamtkonzept mit Kostenangabe gebe es nicht. Die Umstellung werde je nach Erfordernis und den zur Verfügung stehenden Mitteln erfolgen.

Herr Dr. Meyring drängt auf Änderung des Beschlussvorschlages. Es sollte formuliert werden, dass der aktuell anstehenden Umstellung zugestimmt, danach aber fallweise entschieden werde.

Herr Brunn schlägt vor, da im Hinblick auf die Dringlichkeit Einigkeit bestehe, dass die Verwaltung in diesem Fall allein entscheidet. Darüber hinaus sollte sie beauftragt werden, zur nächsten Sitzung eine Übersicht über die Gesamtkosten und Betriebskosten eines elektronischen Systems vorzulegen, auf deren Grundlage dann der HFA entscheiden könne.

Herr Messing weist darauf hin, dass bei einem elektronischen System keine laufenden Kosten für die Wartung anfallen. Der Vorteil dieses Systems liege darin, einen Nachweis zu haben, wer zu welcher Zeit Zutritt gehabt habe.

Herr Kortmann hält es für wichtig, ein für alle Gebäude kompatibles System anzuschaffen.

Herr Heuermann erkundigt sich, wie der Personalrat zu einem elektronischen System stehe.

Herr Messing teilt mit, dass eine Abstimmung mit dem Personalrat noch erfolge. Es sei aber keine generelle Überwachung vorgesehen. Er wolle

lediglich im Einzelfall feststellen können, welcher Schlüssel wo und wann geschlossen habe.

Herr Schlieker wendet ein, dass die Daten aber nach einer bestimmten Zeit gelöscht werden müssen.

Herr Mollenhauer erläutert, dass ohnehin nur die letzten 300 Schließungen gespeichert würden und die Daten nicht automatisch aufgezeichnet, sondern nur verfügbar seien, wenn die Schlösser ausgelesen würden.

Frau Mollenhauer sieht in dem elektronischen System keinen Unterschied zum bisherigen, weil die Schlüssel weiter gegeben werden könnten und eine Überwachung nicht möglich sei.

Der Unterschied bestehe darin, so Herr Messing, dass bei Vandalismusschäden zunächst der Inhaber des Schlüssels befragt werde, der zuletzt geschlossen habe.

Frau Dirks ergänzt, dass bei Verlust eines Schlüssels nicht komplett alle Zylinder der Schließanlage ausgewechselt werden müssen.

Auf Nachfrage von Herrn Dittrich stellt Frau Dirks heraus, dass der Ausschuss heute über die grundsätzliche Systemumstellung entscheiden solle und nicht über Geld. Eine Schließanlage müsse dringend ausgewechselt werden. Diesen Auftrag hätte sie im Rahmen ihrer Zuständigkeit unterschreiben können.

Herr Mollenhauer fügt zur Klarstellung noch einmal hinzu, dass in dem anstehenden Fall ca. 20 Schlösser ausgewechselt werden müssen und die Kosten hierfür einschl. einschl. Programmiergerät, Software, Schulungen rd. 12.000,-- € betragen.

Herr Becks merkt an, dass verwaltungsseitig ein System favorisiert werde, es daneben aber auch noch andere Systeme gebe. Da er die Vor- und Nachteile der verschiedenen Systeme nicht kenne, könne er heute nicht über ein System entscheiden, das dann in den nächsten Jahren umgesetzt werden soll. Zustimmung könnte er, wenn dieses ein System zunächst in einem Gebäude getestet würde.

Herr Brunn stellt fest, dass hierüber kein Beschluss gefasst werden müsse.

Herr Krause macht deutlich, dass es sich bei der Umstellung des Schließsystems mit Kosten von über 100.000,-- € nicht um ein Geschäft der laufenden Verwaltung handeln könne. Da hierfür keine Mittel zur Verfügung stünden, könne er die Ausgaben auch nicht verantworten.

Frau Dirks stellt noch einmal heraus, dass keine komplette Umstellung auf ein neues elektronisches System geplant sei. Eine Umstellung werde nur bei Bedarf vorgenommen.

Herr Krause wirft ein, dass er wissen wolle, um welches System es sich handele.

Herr Becks stellt den Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes, weil notwendige Informationen fehlen.

Herr Dittrich fordert eine neue Sitzungsvorlage, in der die verschiedenen Systeme erläutert und die Vor- und Nachteile aufgezeigt werden.

Frau Dirks lässt über den Antrag auf Absetzung des Tagesordnungspunktes abstimmen. Der Antrag wird mit **10 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung angenommen**.

3. **Entwicklung im Produkt 16010, Allgemeine Finanzwirtschaft**

Herr Melzner konkretisiert die Ausführungen in der Sitzungsvorlage und kündigt zwei schwierige Jahre an, die überbrückt werden müssten. Maßnahmen zu Einsparungen seien eingeleitet worden, wobei die Maßnahmen, die mit Mitteln aus dem Konjunkturpaket, hiervon nicht betroffen seien. Letztlich sei die Gewerbesteuerentwicklung zwar sehr unerfreulich, diese werde aber im Rahmen des Finanzausgleichs bis auf 10% wieder ausgeglichen. Anhand der Gewerbesteuereinnahmen der letzten Jahre verdeutlicht er, wie stark die Schwankungen in den einzelnen Jahren waren.

Herr Schlieker erinnert daran, dass seine Fraktion bereits im Frühjahr den Haushaltsansatz stark in Frage gestellt habe und die beiden anderen Fraktionen dies ähnlich gesehen hätten. Deshalb verwundere ihn die jetzige Entwicklung überhaupt nicht. Auffallend sei allerdings, dass trotz der Entwicklung in den ersten 7 Monaten des Jahres immer noch eine Steigerung erwartet werde.

Herr Melzner erläutert, dass die Erwartungen von 3 Mio € sich auf alle Erträge lt. der vorgelegten Teilfinanzrechnung für das Produkt 16010 beziehen. Ursächlich hierfür sei, dass die Forderungen aus der Einkommensteuerbeteiligung nicht eingebucht seien. Hier fehlten zurzeit allein rd. 2 Mio für das III. und IV. Quartal 2009, die erst nach Mitteilung des Landes über die landesweit vereinnahmte Einkommensteuer zum Soll gestellt werden können. Für die Gewerbesteuer würden jetzt nur noch weitere 340.000,- € bis zum Jahresabschluss erwartet.

Herr Kortmann fragt mit dem Hinweis auf die Kommunalwahl kritisch nach, seit wann der Verwaltung dieses Ergebnis bekannt sei.

Herr Melzner führt aus, dass die Einnahmeausfälle im II. Quartal 245.000,- € betragen hätten und zu dem Zeitpunkt noch die Hoffnung bestanden habe, dass die Ansätze erreicht werden. Im III. Quartal sei der Einbruch mit 740.000,- € jedoch enorm gewesen. Obwohl das III. Quartal noch nicht ganz beendet sei, habe die Verwaltung den vorstehenden Bericht vorgelegt.

Herr Kortmann möchte wissen, wie die Verwaltung auf den Einbruch bei den Gewerbesteuereinnahmen reagieren wolle.

Frau Dirks teilt mit, dass die nicht dringend erforderlichen Ausgaben zurück gestellt würden, wobei die Möglichkeiten einzusparen relativ gering seien. Im Wesentlichen werde es sich um Einsparungen bei Unterhaltungsmaßnahmen handeln. Alle Fachbereiche seien angewiesen, jede nur erdenkliche Einsparung vorzunehmen.

Herr Melzner sieht auch Einsparungspotential bei den im Rahmen der Haushaltsplanberatungen von den Fraktionen zusätzlich eingestellten Ansätzen.

Herr Heuermann fragt ebenfalls nach, ob dieser drastische Einbruch schon vor dem 30. August 2009 bekannt gewesen sei.

Das wird von Frau Dirks verneint.

Herr Heuermann kann nicht nachvollziehen, dass diese Entwicklung einfach zur Kenntnis genommen werden soll und verwaltungsseitig keine konkreten Beschlussvorschläge unterbreitet werden.

Frau Dirks bekräftigt, dass derzeit Einsparungsmöglichkeiten überprüft werden, diese aber beschränkt seien, weil viele Aufträge bereits vergeben seien. In der nächsten Ratssitzung könne sie genauere Beträge nennen. Im Übrigen habe sie bereits bei den Etatberatungen deutlich gesagt, dass die Finanzlage sehr angespannt sei. Dennoch hätten die Fraktionen die Ansätze um insgesamt 100.000,- € erhöht. An der Umsetzung der Fraktionsvorschläge werde in diesem Jahr nicht gearbeitet, es sei denn, es würden seitens der Fraktionen entsprechende Anträge gestellt.

Herr Dittrich macht deutlich, dass er über die Verwaltungsvorlage entsetzt gewesen sei. Bereits bei den Haushaltsplanberatungen habe er in Bezug auf die Wirtschaftskrise Bedenken über die Ansätze geäußert. Auch sei es nicht fair, wenn die Verwaltung die von den Fraktionen gesetzten Schwerpunkte nicht umsetze. Im Übrigen sei die Frage noch nicht beantwortet, seit wann der Verwaltung die Entwicklung bei den Gewerbesteuererinnahmen bekannt gewesen ist.

Herr Melzner weist darauf hin, dass zur Beantwortung dieser Frage Steuerzahlen genannt werden müssen und dies nur in nichtöffentlicher Sitzung möglich sei.

Frau Mollenhauer kritisiert, dass die Entwicklung nicht nur zur Kenntnis genommen werden könne, man müsse doch wissen, wie die Verwaltung dem entgegen wirken wolle.

Frau Dirks sagt nochmals zu, entsprechend zu berichten. Ein Nachtragshaushaltsplan oder eine Haushaltssperre werde verwaltungsseitig als nicht erforderlich angesehen, weil davon ausgegangen werde, dass noch Einsparungen in bestimmtem Maße erzielt werden können.

Herr Krause möchte genau wissen, an welchen Stellen eingespart wer-

den soll.

Herr Melzner führt aus, dass er im HFA im Rahmen eines Finanzzwischenberichtes, wie sonst üblich, Vorschläge machen könne, an welcher Stelle eingespart werden könne. Dann lägen auch verlässliche Daten zur Einkommensteuerentwicklung vor. Er erläutert des Weiteren, dass die Steuereinnahmen im Finanzausgleich ja angerechnet werden und somit die jetzigen Ausfälle zu erhöhten Schlüsselzuweisungen in späteren Jahren führen werden. Für den Abschluss 2009 bedeute das, dass im Falle eines höheren Fehlbetrages die bilanzielle Ausgleichsrücklage entsprechend höher in Anspruch genommen werden müsste (bisherige Inanspruchnahme lt. Haushaltsplan rd. 800.000,-- €). Wenn die Einnahmen wieder auf einem normalen Level seien, bzw. die derzeitigen Steuerausfälle im Finanzausgleich durch zusätzliche Schlüsselzuweisungen Berücksichtigung finden, werde der Haushalt wieder ausgeglichen und ggf. die Rücklage wieder aufgefüllt.

Herr Krause erkundigt sich, ob mit Auflagen seitens der Aufsichtsbehörde zu rechnen sei.

Das wird von Frau Dirks mit dem Hinweis auf die Ausgleichsrücklage verneint.

Herr Schlieker weist auf die in der nächsten Woche anstehende Schul- und Sportausschusssitzung hin, in der es um horrenden Investitionen gehe, für die die Stadt Eigenanteile aufbringen müsse. Da er nicht wisse, wie diese finanziert werden sollen, bitte er die Verwaltung, in der Sitzung entsprechende Ausführungen zu machen.

Herr Melzner weist darauf hin, dass die Maßnahmen im Haushaltsplan verplant seien. Zudem dürften die Investitionen über Kredite finanziert werden. Zu bedenken sei außerdem, dass immerhin ein Zuschuss von 2/3 aus Landesmitteln zu den Investitionen erwartet werde.

Herr Schlieker möchte dennoch in der Sitzung eine Information, wie die Finanzierung erfolgen soll.

Herr Dr. Meyring fordert die Verwaltung auf, in der nächsten Ratssitzung konkrete Sparmaßnahmen sowie Möglichkeiten, welche investiven Maßnahmen verschoben werden können, aufzuzeigen.

Herr Dittrich schließt sich diesem Vorschlag an. In der Ratssitzung am 1. Oktober müssen konkrete Einsparungsvorschläge vorgelegt werden. Dies hätte er bereits für heute erwartet.

Herr Dr. Meyring weist darauf hin, dass die von den Fraktionen vorgeschlagenen Maßnahmen nicht pauschal gestrichen, sondern hierzu von der Verwaltung Vorschläge gemacht werden sollen.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, in der nächsten Ratssitzung konkrete Sparmaßnahmen aufzuzeigen.

Stimmabgabe: einstimmig

4. Einigung zur Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrages für die Münsterlandnetzgesellschaft mbH und CO. KG, Lüdinghausen

Auf Anfrage von Herrn Kortmann informiert Herr Melzner darüber, dass die Zerlegung nicht nach der gesetzlichen Regelung erfolge (Lohnsumme), sondern durch Einigung der betroffenen Gemeinden durch den vorgelegten Vertrag (Maßstab: Einwohner/Flächenschlüssel).

Beschlussvorschlag für den Rat:

Die anliegende Einigung gemäß § 33 Abs. 2 Gewerbesteuergesetz zur Zerlegung des Gewerbesteuermessbetrages für die Münsterlandnetzgesellschaft mbH & Co. KG, Lüdinghausen, wird beschlossen.

Stimmabgabe: einstimmig

5. Mitteilungen

5.1. Gründung der REGIONALE 2016 - Frau Dirks

Frau Dirks berichtet, dass am 24.09.2009 der Gesellschaftsvertrag unterzeichnet werde. Mittlerweile sei auch eine Geschäftsführerin bestellt. Frau Uta Schneider aus Dresden werde ab 01.10.2009 zunächst mit einer Teilzeitstelle beginnen und ab dem 01.01.2010 vollständig in der Geschäftsstelle in Velen tätig sein.

Die dritte Veranstaltung zum Thema „Heimat – Landschaft – Freizeit“ werde am 06.10.2009 in Dülmen stattfinden. Die Flyer seien bereits verteilt worden.

5.2. Ausschilderung Radweg Beerlager Straße - Herr Messing

Herr Messing bezieht sich auf eine Anregung des Herrn Schlieker, Autofahrer an der Beerlager Straße mit einem Schild darauf hinzuweisen, dass Radfahrer auf die Straße geführt werden und teilt hierzu mit, dass 70 m vor der Stelle, an der die Radfahrer auf die Straße geführt werden bereits ein Schild „Vorfahrt gewähren“ mit einem Zusatzschild, auf dem die Entfernung der Vorfahrt-Gewährungspflicht angegeben ist, stehe. Aus Sicht der Verwaltung und der Straßenverkehrsbehörde werde der Autofahrer recht deutlich auf seine Pflicht der Obacht auf andere Verkehrsteilnehmer hingewiesen, so dass ein zusätzliches Hinweisschild als nicht erforderlich angesehen werde.

5.3. Einführung eines Parkleitsystems - Herr Messing

Herr Messing teilt mit, dass die Schilder zur Einführung des Parkleitsystems

tems eingetroffen seien. Das Fundament hierfür sei gegossen, nach der Aushärtung in ca. 2 – 3 Wochen würden die Schilder aufgestellt.

6. Anfragen

6.1. Defekte Lampe an der Berkel im Bereich Coesfelder Straße - Herr Becks

Herr Becks weist darauf hin, dass von einer Lampe nur noch der Lampenstumpf vorhanden sei und fragt nach, ob die Lampe evtl. umgefahren wurde.

Herr Mollenhauer geht hiervon aus und auch davon, dass der Vorfall dem zuständigen Mitarbeiter bekannt ist.

6.2. Ampelanlage an der Kreuzung Feuerwehrgerätehaus - Herr Becks

Herr Becks weist darauf hin, dass die Schaltung der Ampelanlage am Feuerwehrgerätehaus insbesondere für Fußgänger und Radfahrer sehr ungünstig sei. Hierauf sei bereits mehrmals hingewiesen worden.

Herr Messing berichtet, dass beim Landesbetrieb zurzeit ein personeller Engpass bestehe, in Kürze aber Gespräche geplant seien und bei dieser Gelegenheit noch einmal auf die unbefriedigende Schaltung hingewiesen werde.

6.3. Radweg Osterwicker Straße - Herr Brunn

Herr Brunn erinnert an seinen Hinweis, dass der Radweg Osterwicker Straße stadtauswärts im Bereich der Zufahrt zum Freibad eine bis zu 4 cm starke Stolperkante aufweise.

Der Ausführung von Herrn Mollenhauer, dass bei einer Überprüfung keine Gefahrenstelle erkennbar gewesen sei, entgegnet Herr Brunn, dass wenn der Dreck entfernt würde die 4 cm hohe Kante sichtbar werde.

6.4. Parken an der Mühlenstraße - Herr Kortmann

Herr Kortmann führt aus, dass auf der Mühlenstraße stadtauswärts häufig zu schnell gefahren werde, wenn die Ampel grün zeige. Jetzt sei die Mühlenstraße gesplittet worden und müsse neu markiert werden. In diesem Zusammenhang sollte über alternierendes Parken nachgedacht werden, um den Verkehr zu verlangsamen.

Herr Mollenhauer gibt zu bedenken, dass die an der Mühlenstraße ausgewiesenen Parkplätze meistens belegt seien. Wenn alternierende Parkplätze markiert würden, befänden sich einige Parkplätze auf der den Häusern gegenüberliegenden Seite, so dass die Anlieger die Straße

überqueren müssten. Außerdem würden Parkplätze verloren gehen. Er gehe davon aus, dass die Parkplätze gebraucht werden.

Frau Dirks sagt zu, mit den Anliegern zu sprechen.

6.5. Ausbesserung der Schlaglöcher an der L 506 - Herr Dr. Meyring

Herr Dr. Meyring fragt zum wiederholten Male nach, wann endlich die Schlaglöcher im Verlauf der L 506 auf der Beerlage ausgebessert werden.

Frau Dirks verweist auf einen in Kürze anstehenden Termin mit dem Leiter des Landesbetriebes, bei dem das Thema nochmals zur Sprache gebracht werde. Bislang habe der Landesbetrieb aber immer auf die dortige Prioritätenliste verwiesen, auf der die L 506 nicht oben anstehe. Das könne sie nicht nachvollziehen, da Landstraßen saniert worden seien, die sich in einem besseren Zustand befunden haben als die L 506. Sie werde weiter am Ball bleiben.

6.6. Öffnungszeiten des Freibades - Frau Mollenhauer

Frau Mollenhauer merkt positiv an, dass trotz der wegen Bauarbeiten verspäteten Eröffnung der Freibadsaison in diesem Frühjahr höhere Besucherzahlen als in der letzten Saison verzeichnet werden konnten. Dar- aus sei zu schließen, dass das denkmalgeschützte Freibad gut angenommen werde. Sie gehe aber davon aus, dass die Besucherzahlen noch gesteigert werden können, wenn das Freibad früher öffne. Deshalb sollte rechtzeitig vor der Saison 2010 über die Öffnungszeiten nachgedacht werden.

Frau Dirks merkt an, dass sie dies bereits angekündigt habe, wobei aber klar sein müsse, dass längere Öffnungszeiten auch mehr Personal bedeuteten.

6.7. Fußweg Darfelder Straße zwischen Westfalen-Tankstelle und Fußgängerampel - Herr Dittrich

Herr Dittrich weist auf den miserablen Zustand des Fußweges zwischen Westfalen-Tankstelle und Fußgängerampel hin. Er fragt nach, wann die Kanalsanierung auf diesem Teilstück vorgesehen sei.

Herr Mollenhauer verweist auf den in diesem Bereich anstehenden Grunderwerb. Außerdem solle im Frühjahr der Kreisverkehr in seinen endgültigen Zustand versetzt werden, so dass Zeitdruck bestehe. Er gehe davon aus, dass mit der Kanalbaumaßnahme Anfang nächsten Jahres begonnen werde.

6.8. Übergang am Bahnhof - Herr Becks

Herr Becks erkundigt sich, warum jetzt doch ein weiterer Übergang geschaffen wurde. Er habe bereits bei der Planung darauf hingewiesen, dass dieser notwendig sei. Damals sei gesagt worden, dass es nicht gehe.

Herr Mollenhauer teilt mit, dass der Übergang angelegt worden sei, weil er inzwischen von vielen, u. a. auch vom IBP als notwendig angesehen wurde.

Marion Dirks
Bürgermeisterin

Birgit Freickmann
Schriftführerin